



<b>ÄNDERUNGSANTRAG</b>	Vorlage Nr.:	<b>2020/0644</b>
AfD-Gemeinderatsfraktion		
<b>Stellenschaffung 2020 – Überarbeitung der Liste 2</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>26.05.2020</b>	<b>9</b>	<b>x</b>	

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die vor Beginn der Corona-Krise erstellte Liste 2, die einen zusätzlichen Aufwand von 9,2 Mio. Euro pro Jahr bedeutet, neu zu bewerten und auf die nötigsten Stellen zu reduzieren.

#### **Sachverhalt/Begründung:**

Die Stellenschaffung 2020 besteht insgesamt aus drei Komponenten; zwei davon trägt die AfD mit:

- 1.) die sog. „Liste 1“ der neuen Stellen ohne zusätzliche Auswirkungen auf den Gesamthaushalt im Umfang von rund 4,6 Mio. Euro, und
- 2.) die Schaffung von weiteren 2,0 VZW (in E 9b und E 10; Jahresaufwand: 145.600 Euro) beim IT-Amt, die aufgrund der aktuellen Situation dringend notwendig sind, um Videokonferenztechnik stadtweit einzusetzen.

Die dritte Komponente, die sog. „Liste 2“, die vor der Corona-Krise von der Bürgermeisterkonferenz erstellt wurde, beinhaltet neue Stellen, die den Haushalt jährlich mit 9,2 Mio. Euro zusätzlich belasten.

Diese Liste 2 muss nun auf die nötigsten Stellen reduziert werden.

Die Begründung dafür entspricht der unseres Widerspruchs der Offenlage:

Die Corona-Krise und die Auswirkungen der von Bund und Land durchgesetzten Schließungen und Einschränkungen vieler privater und öffentlicher Betriebe und Einrichtungen stellen unter anderem auch die Stadt Karlsruhe vor große Herausforderungen. Wie dem Gemeinderat in der letzten Sitzung am 28.04.2020 berichtet wurde, sind die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt und die städtischen Gesellschaften durch zusätzliche Ausgaben bei gleichzeitig ausbleibenden Einnahmen und dem bereits beginnenden Ausbleiben von Steuerzahlungen gravierend.

Vor diesem Hintergrund muss die vor Beginn der Corona-Krise von der Verwaltung auf den Weg gebrachte Schaffung der in Liste 2 enthaltenen zusätzlichen städtischen Stellen, die einen zusätzlichen Aufwand von 9,2 Mio. Euro pro Jahr bedeuten, überarbeitet und neu bewertet werden.

Unterzeichnet von:

Dr. Paul Schmidt  
Oliver Schnell  
Ellen Fenrich